



Fraktionsvorsitzender Matthias Hey und die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer beim Jahresempfang der SPD-Landtagsfraktion

Mehr Respekt, mehr Anerkennung

Malu Dreyer beim SPD-Jahresempfang im Thüringer Landtag

„Um die sozialen Berufe nach vorn zu bringen, müssen sie politischer werden“ – das hatte Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, in ihrer Rede zum Jahresempfang der SPD-Fraktion am 27. Juni verkündet. Soziale Berufe bräuchten eine bessere Lobby. Ein erster und wichtiger Schritt sei es deshalb gewesen, genau die Menschen, die aus den sozialen Berufen kommen, zu diesem Jahresempfang einzuladen und ihnen ein Podium zu geben.

Insgesamt rund 450 Menschen waren der Einladung der Thüringer SPD-Fraktion in den Landtag gefolgt. Unter ihnen zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus sozialen Berufen, vor allem aus dem Pflegebereich. An sie richtete Malu Dreyer, deren Werdegang sozialpolitisch geprägt ist, während ihrer Rede im Thüringer Landtag immer wieder das Wort: „Solidarität ist ein unverzichtbarer Wert und ein unverzichtbares Prinzip für sozialdemokratische Politik. Es geht darum, füreinander

einzustehen, auch wenn man aktuell nicht betroffen ist. Dinge solidarisch zu organisieren, heißt, Risiken auf viele Schultern zu verteilen, Sicherheiten zu schaffen.“

Tarifbindung unerlässlich

Unverzichtbar bei der Debatte um die Verbesserung der Pflegesituation seien die Stärkung der Tarifbindung, höhere Löhne und eine Arbeitsmarktpolitik, die bei den Herausforderungen der Digitalisierung die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt stellt. „Meiner Meinung nach darf es nicht sein, dass Menschen sich die Frage stellen: Kann ich es mir leisten, Erzieher oder Altenpflegerin zu werden“, so Dreyer. Ein Punkt, den die SPD-Fraktion bereits in ihr Positionspapier „Altenpflege in Thüringen“ aufgenommen hat.

...weiter auf der nächsten Seite

Liebe Leserinnen und Leser,

eigentlich hätte unser Land nach den langen Koalitionsverhandlungen eine Regierung verdient, die in politisch ruhigem Fahrwasser segelt und sich ganz auf die Umsetzung ihrer im Koalitionsvertrag getroffenen Forderungen konzentriert – um für unser Land und für seine Menschen Politik zu machen. Doch wir stecken in einer Regierungskrise, ausgelöst durch den Streit der schwarzen Schwestern. Die bayerische Landespartei CSU setzt die Kanzlerin und damit die vereinigte Koalition unter Druck, asylpolitische Entscheidungen zu treffen, die in erster Hinsicht nur bayerischen Interessen gerecht werden. Der Rest der Bundesrepublik ist von diesem Alleingang betroffen und soll das hinnehmen. Doch mit dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene hat die CSU nicht nur Verantwortung für Bayern, sondern für ganz Deutschland übernommen.

Der Weg zur gemeinsamen Koalition war für die SPD schwierig und wir haben uns die Entscheidung wahrlich nicht leicht gemacht. Nachdem die Jamaika-Partner ihr Projekt platzen ließen, haben wir harte Kompromisse in Kauf genommen und innere Konflikte diskutiert. Schließlich aber haben wir einen Koalitionsvertrag ausverhandelt, der viele unserer sozialdemokratischen Positionen und Vorhaben Wirklichkeit werden lässt und eine gute Regierung verspricht. Die Koalition sollte den Wählerinnen und Wählern gegenüber ein verlässlicher Partner sein und die getroffenen Vereinbarungen einhalten.

Zusammenhalt ist das Stichwort, nicht nur für uns Sozialdemokraten. Die Herausforderungen der Flüchtlingsbewegung können wir nur zusammen mit unseren europäischen Nachbarländern meistern. Den europäischen Gedanken in Frage zu stellen, hilft keinem. Stattdessen sollte sich die Union und allen voran die CSU an die klare Umsetzung des Koalitionsvertrages bei genau dieser Frage machen und zurück in ruhigeres Fahrwasser segeln – für eine Politik ohne Gezänk und mit klaren Zielen.

Ihr Matthias Hey

> **Gemeindeneugliederungen**

Der Thüringer Landtag hat den ersten Teil der Gemeindegebietsreform beschlossen: 49 Kommunen werden sich zu 13 größeren Gemeinden zusammenschließen. Davon profitieren 240.000 Menschen. Die kommunalpolitische Sprecherin Claudia Scheerschmidt betont die Notwendigkeit größerer Gemeinden: „Die Bevölkerungsentwicklung in Thüringen wird sich durch sinkende Steuereinnahmen und eine angespannte Fachkräftesituation auch auf die Gemeinden niederschlagen. Ich bin deswegen sehr erfreut, dass so viele Gemeinden die Freiwilligkeitsphase der Gemeindegebietsreform nutzen und sich in ihrem eigenen Interesse zusammenschließen.“

> **Aktuelle Stunde**

Den Beschluss des Bundeskabinetts zur Einführung von Brückenteilzeit hat die SPD-Fraktion zum Anlass für ihre Aktuelle Stunde „Raus aus der Teilzeitfalle“ genommen. Gerade für junge Familien wird das Rückkehrrecht zur Vollzeit zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen. Kinder zu betreuen oder ältere Angehörige zu pflegen und gleichzeitig einer Erwerbsarbeit nachzugehen, ist für viele junge Frauen, ganz besonders in Thüringen, Realität.

> **Personalausstattung des Verfassungsschutzes**

Der Bericht der Parlamentarischen Kontrollkommission hat deutlich gemacht, dass die personelle Ausstattung des Verfassungsschutzes gesichert und den neuen Anforderungen der aktuellen Sicherheitslage angepasst werden muss. Dazu Innenpolitikerin Dorothea Marx: „Insbesondere im Hinblick auf islamistische Bedrohungen ist es notwendig, dass der Verfassungsschutz über spezialisiertes Personal mit entsprechenden Sprachkenntnissen und Kenntnissen der islamistischen Szene in Deutschland verfügt.“

> **ThüringenForst**

Sicherung der Finanzierung der Forstanstalt, Entschädigungen für die Stilllegung von Landeswald und die Schaffung neuer „Premiumwanderwege“ - das ist das Ergebnis der Novellierung des „Thüringer Gesetzes über die Errichtung der Anstalt öffentlichen Rechts ‚ThüringenForst‘“. „Die jährlichen Zuführungen bis zum Jahr 2025 aus dem Landeshaushalt an die Forstanstalt sind geklärt. Damit kennen die Geschäftsführung und der Verwaltungsrat die Leitplanken und können Weichen für die Zukunft stellen“, so die für den Forst zuständige Fachpolitikerin Dagmar Becker.

Dazu die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin: „Ihr in Thüringen geht hier mit gutem Beispiel voran. Das Papier liefert eine gute Beschreibung der Zustände und ein Maßnahmenpaket, was jetzt zu tun wäre, um in Thüringen eine moderne Pflegepolitik umzusetzen, die die Bedürfnisse pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen in den Mittelpunkt stellt.“

Angleichung Ost und West

Die Forderung nach der Einführung einer solidarischen Bürgerpflegeversicherung und die sofortige Angleichung des Ost-Pflegemindestlohns an den West-Pflegemindestlohn

seien dabei nur zwei von vielen wichtigen Bausteinen.

Um das Ansehen von Pflegeberufen wieder zu erhöhen, ist aber nicht allein die Politik in der Pflicht. Wenn Arbeitgeber aus der Branche fatal mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgehen, wie es aktuell bei „Celenus“ in Bad Langensalza der Fall ist, dann hat das erhebliche Auswirkungen auf die Attraktivität des Pflegeberufes. Den Vertreterinnen der Celenus-Belegschaft, die ebenfalls zu Gast waren, sicherte Malu Dreyer ihre Unterstützung zu.

Und schließlich hatte sie für die Besucherinnen und Besucher im Plenum noch tröstende Worte zum Aus der Deutschen Elf bei der Fußball-WM übrig: „Das Ausscheiden der Nationalmannschaft gefährdet nicht die Stabilität Deutschlands.“

Bilder und Eindrücke unseres Jahresempfangs gibt es bei Facebook

(QR-Code scannen oder folgenden Link wählen)

<https://www.facebook.com/spdthl/posts/2038091142891172>



Stimmen aus der Pflege

Pflegenotstand – das bestimmende Thema beim Jahresempfang der SPD-Fraktion. Wir haben nachgefragt, welche Anforderungen die eingeladenen Vertreterinnen und Vertreter aus der sozialen Branche an die künftige Thüringer Pflegepolitik haben.



Hans-Werner Eschrich (Vorsitzender des Sozialverband VdK, Arnstadt): Was wir unter anderem brauchen, ist der Aufbau und Ausbau der Pflegestützpunkte für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Um den Herausforderungen des Berufes gerecht zu werden, muss der Stundenlohn des Personals angepasst werden. Zudem muss gerade in den Einrichtungen mit demenzkranken Menschen der Pflegeschlüssel dringend erhöht werden.



Margret Gudernatsch (Hospizinitiative Gotha) und **Evamaria Reinig** (Diakonie Sozialstation / in Pension, Gotha): Dringend erforderlich ist eine Aufstockung des Pflegepersonalschlüssels. Sowohl in der ambulanten als auch stationären Pflege. Der Zeitdruck, den die Beschäftigten dort haben, ist ein großes Thema. Sie müssen immer mehr leisten und haben dafür immer weniger Zeit. Noch dazu kommt, dass die meisten Beschäftigten in Teilzeit arbeiten.

Für die Hospizarbeit ist es vor allem wichtig, dass sie in der Gesellschaft wahrgenommen und wertgeschätzt wird. Die Arbeit mit schwer erkrankten und todkranken Menschen taucht in der öffentlichen Wahrnehmung kaum auf. Das muss sich ändern.